

V0286/21

Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Ingolstadt für das Haushaltsjahr 2021
(Referent: Herr Fleckinger)

Stadtrat vom 11.05.2021

Vorweg teilt Stadtrat Wittmann mit, dass die CSU-Stadtratsfraktion dem Nachtragshaushalt zustimmen werde. Er betont aber zugleich, dass die gestellten Forderungen im Hinblick auf die Zustimmung zum Haushalt 2021 durch den Nachtragshaushalt nicht mehr erfüllt seien. Denn es sei im Verwaltungshaushalt mehr als vereinbart ausgegeben worden. Die CSU-Stadtratsfraktion mache sich große Sorgen um die zukünftige Finanzsituation. Stadtrat Wittmann bemängelt, dass trotz der Mehreinnahmen von 20 Mio. Euro im Jahr 2021 immer noch 15 Mio. Euro aus den Rücklagen dem Verwaltungshaushalt zugeführt würden. Dies erfolge nicht für die Investitionen, sondern für die Deckung der Verwaltungskosten. Mit großer Sorge werde auch die Entwicklung der ansteigenden Kosten der Gesamtverwaltung, insbesondere der Personalkosten, gesehen. Für die nächsten Jahre erwarte Stadtrat Wittmann, dass der Vermögenshaushalt kaum noch Unterstützung aus dem Verwaltungshaushalt erhalte. Er bittet dringend darauf zu achten, dass der Verwaltungshaushalt nicht über Gebühr erhöht werde. Dies sei eine Frage der Ausgabendisziplin. Dabei verweist er auf den Stellenplan.

Stadtrat Stachel pflichtet seinem Vorredner mit der Ausnahme, dass die FW-Stadtratsfraktion dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen werde, bei. Dabei verweist er auf die Ausführungen seines Vorredners. Er bemängelt, dass nicht einmal die gesetzten Sparziele eingehalten würden. Es gebe zwar deutliche Mehreinnahmen, aber nichtsdestotrotz werde das Ziel, dass der Verwaltungshaushalt auskömmlich sei, verfehlt. Es bedürfe ständiger Zuführungen in Höhe von 40 Mio. Euro aus dem Vermögenshaushalt. Für die Zukunft gebe es zwei große Ansatzpunkte, um dies zu reparieren, so Stadtrat Stachel. Sparsamkeit und Mehreinnahmen zu erhalten, was aber nur über Steuererhöhungen ermöglicht werde. Dagegen wehre sich die FW-Stadtratsfraktion vehement. Es laufe etwas falsch, wenn nach Gründung eines Konsolidierungsrates und der Aufstellung eines Nachtragshaushaltes kein positives Ziel erreicht werden könne.

Nach den Worten von Stadtrat De Lapuente sind der Haushalt und der Nachtragshaushalt solide aufgestellt. Positiv seien die höheren Steuereinnahmen. Es sei ein gutes Zeichen, den Menschen, welche in dieser Pandemie leiden, einen würdigen Nachtragshaushalt vorzulegen. Ingolstadt könne sich glücklich schätzen, in dieser schwierigen Zeit Mehreinnahmen zu erwarten. Er bittet um mehr Zuversicht und auch darum, an die Zeit nach Corona zu denken und nicht jede Investition in Frage zu stellen. Stadtrat De Lapuente appelliert für Zustimmung.

Mit dem vorliegenden Nachtragshaushalt befinde man sich zwischen den Stühlen, so Stadtrat Schäuble. Zum einen beim alten Haushalt mit den teuren Nachwehen und dem neuen Haushalt, mit sicherlich eingeschränkten Haushaltsmitteln. Die steigenden Steuereinnahmen reichten nicht für künftig „volle Taschen“ aus. Weiter verweist er auf den Konsolidierungsrat, welcher seine Arbeit aufnehmen werde. Es gebe aber keine Gelegenheit

zum Ausruhen, denn das Ganze sei anstrengend und bedürfe vieler Ausdauer zum Sparen. Dabei verweist er auf die Durchsetzungskraft der Stadtspitze, insbesondere auf den Oberbürgermeister. Dieser habe es in der Hand, den Prozess zu steuern und durchzusetzen. Dies sei die Erwartung der FDP-Stadtratsgruppe aus dem Haushaltskompromiss. Weiter verweist er auf die Tochtergesellschaften und den Vorschlag einer Reform des City-Tickets. Positiv zum Haushalt sei zu erwähnen, dass die Themen Impfung und Schnelltestzentren großartig seitens der Verwaltung umgesetzt worden seien. Die FDP-Stadtratsgruppe stimme diesem Haushalt im Hinblick auf das Instrument „Konsolidierungsrat“ zu.

Dieser Nachtragshaushalt sei im Wesentlichen geprägt durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie, so Stadtrat Höbusch. Auf der anderen Seite würden explizit auch die dafür notwendig geschaffenen Stellen aufgeführt. Im Hinblick darauf stimme die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diesem Nachtragshaushalt zu. Er nehme aber auch das Signal von Stadtrat Wittmann an. Es bedürfe einer konstruktiven Mitarbeit und eines gemeinsamen Arbeitens in den weiteren Runden des Konsolidierungsrates. Dies sei eine Tätigkeit, welche auf die nächsten vier Jahre ausgerichtet werden müsse. Stadtrat Höbusch habe vollstes Vertrauen in die Kämmerei und den Finanzreferenten, dass diese entsprechend Vorschläge unterbreiteten. Es sei schlecht, in dieser Zeit kurzfristig zu denken. Es müsse jetzt langfristig gedacht werden, um eine klare Linie zu schaffen, damit der Konsolidierungsrat diese in den Haushalt 2022 entsprechend einbauen könne. Dies sei ein Appell an ein gemeinsames Arbeiten und eine gemeinsame Verantwortung für die Finanzen der Stadt.

Stadtrat Lange verweist auf zwei Zahlen und betont, dass für „Schwarzmalerei“ keinerlei Grund gegeben sei. Der Nachtragshaushalt zeige, dass die Situation nicht so schlimm, wie gerne geschildert, sei. Die Situation führe nicht dazu, dass überall Schulden aufgenommen werden müssten. Viel wichtiger sei darauf hinzuweisen, und darauf beschränke er sich heute, dass dem Vermögenshaushalt 15 Mio. Euro weniger aus der Rücklage entnommen würden. Dies bedeute, dass die 15 Mio. Euro in den Rücklagen blieben und dem Verwaltungshaushalt aus dem Vermögenshaushalt 16,5 Mio. Euro weniger überführt würden. Dies seien die zwei Zahlen, welche seiner Meinung nach in die richtige Richtung wiesen und mit denen man hier auf dem richtigen Weg sei. Stadtrat Lange spricht sich für den Konsolidierungsrat aus.

Stadtrat Rehm schließt sich den Worten von Stadtrat Wittmann und Stadtrat Stachel an. Er betont, dass die AfD-Stadtratsfraktion geschlossen gegen diesen Nachtragshaushalt stimmen werde.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf verweist auf ein Treffen mit dem bayerischen Finanzminister. Dieser merkte an, dass der Freistaat Bayern aufgrund der Corona-Krise die größte Schuldenaufnahme in seiner Geschichte getätigt habe. Er zeigte sich erfreut, dass in den letzten Jahren Schulden abgebaut werden konnten. Oberbürgermeister Dr. Scharpf weist darauf hin, dass diese Situation in Ingolstadt schon vor Corona begonnen habe. Dabei erinnert er an die Ankündigungen von Audi. Insofern teile er die Auffassung, nicht schwarz zu sehen. Es sei nicht die Zeit dafür, nicht mehr in die Gestaltung der Stadt zu investieren. Der Nachtragshaushalt zeige auf, in welche Bereiche verstärkt investiert werde. Ingolstadt sei immer noch eine reiche Stadt, gleichwohl müsse man natürlich auf jeden Euro schauen. Insofern sei mit gutem Grund der Konsolidierungsrat eingerichtet worden. Oberbürgermeister Dr. Scharpf zeigt sich hinsichtlich Ingolstadts Zukunft optimistisch. Er verweist auf zwei Studien über Städte, welche am besten aus der Corona-Pandemie herauskommen würden. Hier falle zweimal der Name Ingolstadt.

Mit 40:7 Stimmen (FW-Stadtratsfraktion und AfD-Stadtratsfraktion):
Entsprechend dem Antrag genehmigt.